Landesausschuss für Weiterbildung
der Freien Hansestadt Bremen

Die Senatorin für Kinder
und Bildung
Name: Philipp Leiser
Datum: 12. Januar 2021
Tel.: 361 - 6848

Vorlage Nr. L 291/21
für die Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung
am 29. Januar 2021

Bericht des Unterausschusses 3 zum Thema Demokratiebildung

A Problem

Für die Amtsperiode 2018 bis 2021 hat der Landesausschuss für Weiterbildung (LAWB) dem Unterausschuss 3 das Thema „Demokratiebildung“ zur Bearbeitung übertragen.

B Lösung

Der Unterausschuss 3 beschäftigte sich in drei Sitzungen mit dem Thema und beleuchtete es aus verschiedenen inhaltlichen Perspektiven. Zur Beratung wird dem LAWB ein zusammenfassender Bericht vorgelegt, der die verschiedenen Perspektiven der Auseinandersetzung mit dem Thema widerspiegelt und Schlussfolgerungen aus der Auseinandersetzung skizziert (siehe Anlage).

Die Senatorin für Kinder und Bildung hat einzelne Punkte des Berichts bereits aufgegriffen und bearbeitet:

I. Der Bericht regt die Etablierung von Formaten zur Förderung des fachlichen Austausches an.

   Im Oktober 2020 hat die Senatorin für Kinder und Bildung das Werkstattgespräch Politische Bildung initiiert, das den nach dem Gesetz über die Weiterbildung im Lande Bremen (WBG) anerkannten Weiterbildungseinrichtungen der Politischen Bildung Gelegenheit zum fachlichen Austausch bietet.

II. Der Bericht weist auf das Nachwuchsproblem bei Kursleitenden der politischen Bildung hin.

Die Beschäftigung mit dem Thema „Gewinnung von Kursleitenden/Nachwuchs“ ist u. a. Thema der Werkstattgespräche 2021.

III. Der Bericht verweist auf einen Fortbildungsbedarf für Kursleitende hinsichtlich des Umgangs mit populistischen oder undemokratischen Äußerungen von Teilnehmenden.

Im Dezember 2020 hat die Senatorin für Kinder und Bildung eine Online-Fortbildung zum Thema „Handlungsstrategien im Umgang mit Parolen im Unterrichtsalltag. Argumentationstraining für Kursleitende in der Erwachsenenbildung“ organisiert und finanziert.

IV. Der Bericht empfiehlt die Erprobung und Etablierung neuer Formate der Demokratiebildung/politischen Bildung.

Die Senatorin für Kinder und Bildung fördert neue Formate, unter anderem auch im Hinblick auf die politische Bildung, über das Programm „Neue Formate in der Weiterbildung“. Für 2021 sind Mittel in Höhe von 200.000 € für das Programm vorgesehen.

C Beschluss

Der Landesausschuss für Weiterbildung nimmt den Bericht zur Demokratiebildung zur Kenntnis.

Anlage: Bericht zum Thema Demokratiebildung

Bericht des Unterausschusses 3 zum Thema Demokratiebildung

Stand: 26.11.2020

Auftrag

Für die Amtsperiode 2018 bis 2021 hat der Landesausschuss für Weiterbildung dem Unterausschuss 3 die thematische Beschäftigung mit dem Schwerpunktthema Demokratiebildung übertragen. Der Unterausschuss hat sich des Themas unter folgenden Fragestellungen angenommen: Welchen Beitrag kann, soll oder muss die Weiterbildung generell leisten, um demokratische Strukturen und Verhaltensweisen zu festigen? Welche inhaltlichen Ansätze und strukturellen Voraussetzungen werden für eine wirksame politische Bildung im Land Bremen benötigt?

Vorgehen

Der Unterausschuss 3 beschäftigte sich in drei Sitzungen mit dem Thema Demokratiebildung und beleuchtete es aus verschiedenen inhaltlichen Perspektiven.

Perspektive aus der Wissenschaft: Plädoyer für neue, auch experimentelle Angebote

In der Sitzung am 06.09.2019 stellte Herr Professor Klee (Direktor des Zentrums für Arbeit und Politik (ZAP)) wissenschaftliche Erkenntnisse zum Diskurs um Demokratiebildung und Schlussfolgerungen für die Weiterbildung vor. Er definierte Demokratiebildung als Konkretisierung der politischen Bildung; sie betone „den Teil der politischen Bildung, der auf Vermittlung und Verankerung demokratischer Grundbildung und Prinzipien“ setze.

Vier aktuelle Herausforderungen identifizierte Herr Professor Klee in seiner Analyse zur Demokratiebildung im Kontext von Erwachsenenbildung:

1. Grundsätzlich agiere Demokratiebildung zurzeit vor dem Hintergrund eines schlechten Images der Politik in der öffentlichen Wahrnehmung (Glaubwürdigkeitsverlust).
2. Es seien Prozesse einer „Entgrenzung“ der Demokratiebildung durch neue Partizipations- und Politikformen auszumachen. So hätten sich die Formen politischer Beteiligung z. B. durch soziale Medien multipliziert und ausdifferenziert, an der Lebenswelt und am Alltag orientierte Individualinteressen würden zunehmend bei Bildungsinteressierten an Attraktivität gewinnen.
3. Demokratiebildung müsse lernen, mit Herausforderungen wie gesellschaftlicher Spaltung und Tendenzen der Radikalisierung umzugehen.

4. Im Kontext der Demokratiebildung sei eine Expansion und Differenzierung von Bildungsangeboten im oben beschriebenen Sinne erforderlich, ohne dass entsprechende zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stünden.

Damit Demokratiebildung angesichts der oben genannten Herausforderungen gesellschaftlich wirksam werden könne, müssten „standardisierte Angebote abnehmen und flexible, interaktive, bürgernähere (…), auch experimentelle Formen politischer Bildung zunehmen“. Dazu benötige es Ressourcen in Form von mehr Wissen (über die neuen gesellschaftlichen Realitäten und daraus resultierende Konsequenzen für die Bildungsarbeit), Personal (das die neuen Anforderungen umsetzen kann) sowie einer angemessenen finanziellen Ausstattung.

Perspektive aus der Praxis I: „Aufsuchende politische Bildung“ als Angebotsformat

In der Sitzung am 14.02.2020 stellte Herr Dr. Köcher (Leiter der Landeszentrale für politische Bildung) den Ansatz einer aufsuchenden politischen Bildungsarbeit als Baustein der Demokratiebildung vor. Demokratiebildung sei als „(prozessorientiertes) Lernen von Demokratie und eigenes demokratisches Erfahren“ zu verstehen.

Ausgangspunkt für die Entscheidung der Landeszentrale, einen aufsuchenden Ansatz politischer Bildungsarbeit zu etablieren, seien evidente aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen: Soziale Ungleichheit in der politischen Teilhabe, Segmentierung im Hinblick auf Wohnorte, Einkommen und Bildung sowie Polarisierungen im politischen Diskurs. Herr Dr. Köcher resümierte, man habe mit diesem Ansatz verstärkt bildungsbenachteiligte Personen erreichen wollen. Dies impliziere, alltagsrelevante, sprachentlastende und sozialraum- bzw. *community*orientierte Angebote einzurichten. Grundsätzlich gehe man dabei „professionsübergreifend, akteursübergreifend (und) praxisfeldübergreifend“ vor.

Mit Projekten wie „Mein Herz für Grundrechte“ (mit dem Ziel, Demokratie und Grundwerte positiv zu besetzen) oder den „Wahlscouts“, die an der Haustür für eine Beteiligung an Wahlen werben, sei die Landeszentrale sehr erfolgreich gewesen.

Perspektive aus der Praxis II: Strukturelle Grenzen und Möglichkeiten für neue Angebote

In der Sitzung am 26.06.2020 formulierte Herr Ebert (Bremer Volkshochschule, Leitung der Fachbereiche Politik, Gesellschaft und Umwelt) einen Problemaufriss zum Thema Demokratiebildung aus Sicht der Volkshochschule. Demokratiebildung sei die Vermittlung von und die Auseinandersetzung mit (demokratischen) Werthaltungen sowie das praktische Erleben von Beteiligung.

Herr Ebert hob den Ansatz der Bremer Volkshochschule hervor, mit den Angeboten des zentralen Fachbereichs die gesellschaftliche Mitte zu stärken bzw. als Zielgruppe zu halten. Zwar

sei die Ausweitung der zentralen Angebote auf bildungsbenachteiligte Zielgruppen und die Entwicklung entsprechender neuer Formate wünschenswert, mit den gegebenen (finanziellen und personellen) Ressourcen sei dies aber über das bisher projektorientierte Angebot der VHS-Regionalstellen hinaus nicht realisierbar.

Für die Angebotslandschaft der Demokratiebildung und der politischen Bildung identifizierte Herr Ebert strukturelle Problematiken, die insbesondere Kursleitende beträfen: Dozent:innen verfügten über vielfältige Qualifikationen und gutes (Fach-)Wissen. Aus gesellschaftlichen Veränderungen, die sich auch bei Kursteilnehmenden widerspiegelten (z. B. populistische oder undemokratische Äußerungen von Teilnehmenden), ergebe sich jedoch auch ein Fortbildungsbedarf für die Kursleitenden hinsichtlich des Umgangs mit diesen Entwicklungen. Angesichts begrenzter finanzieller Möglichkeiten der in der Regel als Honorarkräfte arbeitenden Kursleitenden sei hier über eine Unterstützung und Förderung der Teilnahme an Fortbildungen nachzudenken. Auch ein organisierter Austausch unter Kursleitenden könne diese in ihrem professionellen Handeln stärken.

Zudem machte Herr Ebert auf das Nachwuchsproblem bei Kursleitenden der politischen Bildung aufmerksam. Insgesamt gebe es bereits jetzt zu wenig Kursleitende, aufgrund der Altersstruktur würden bald weitere Dozent:innen ausscheiden. Um neue Zielgruppen zu erreichen, brauche es aber mehr Mitarbeitende in den Weiterbildungseinrichtungen. Es sei deshalb sinnvoll und wünschenswert, der Studiengang „Erwachsenenbildung“ wieder anzubieten, um entsprechend qualifiziertes Personal akquirieren zu können.

Schlussfolgerungen

Die Vertreter der verschiedenen Perspektiven zum Thema Demokratiebildung teilen die Einschätzung, dass die Institutionen der Demokratiebildung und der politischen Bildung vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Veränderungen agieren. Im Wesentlichen wurden zunehmende sozialen Exklusion, Radikalisierung und politische Diskursverschiebungen, Diversifizierungen von Partizipationsformen und das Entstehen neuer Öffentlichkeiten identifiziert. Sie implizieren neue Herausforderungen für die Angebotslandschaft und ihre Akteur:innen. Die Erwartungshaltungen an die Institutionen der politischen Bildung, diese Herausforderungen durch Angebote zu be- bzw. verarbeiten, sind mitunter hoch.

Neue Ansätze für Formate, die veränderte Interessen, Themen und Beteiligungsformen berücksichtigen und insbesondere auch neue Zielgruppen ansprechen, werden als erforderlich angesehen. Erste neue Erprobungsformate, z. B. im Hinblick auf eine aufsuchende politische Bildungsarbeit, verliefen erfolgreich.

Zur Erprobung und Etablierung neuer, auf die benannten gesellschaftlichen Herausforderungen zugeschnittener Formate der Demokratiebildung/politischen Bildung, mit denen insbesondere auch neue Zielgruppen angesprochen werden, werden zusätzliche Mittel als notwendig angesehen.

Dazu gehört auch die Verstärkung von Aus- und Fortbildungsangeboten für Kursleitende. Kurzfristig könnten Formate zur Förderung des fachlichen Austauschs etabliert werden; langfristig gilt es, die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich der Erwachsenenbildung auszubauen und Teilnahmehemmnisse abzubauen (z. B. durch eine finanzielle Förderung).